




Kosovo

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian
Development
Agency**

Einleitung

Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit. Davor stand das Land unter der Verwaltung der Vereinten Nationen, die nach dem Kosovo-Konflikt 1998/99 eingesetzt worden war.

Die Unabhängigkeit Kosovos wird nach wie vor nicht von allen Staaten anerkannt, darunter auch von fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Rund 100 Staaten erkennen die Unabhängigkeit an, so auch Österreich.

Seit 2011 unterstützt die EU einen Dialog zwischen Belgrad und Pristina, in dessen Rahmen wichtige Abkommen zur Normalisierung der Beziehung zwischen Kosovo und Serbien geschlossen wurden. Deren Umsetzung steht teilweise noch aus. Fortschritte in diesem Zusammenhang sind eine wichtige Voraussetzung für weitere Schritte im EU-Integrationsprozess beider Länder.

Kosovo ist eines der ärmsten Länder Europas. Wirtschaftlich entwickelt sich das Land mit relativ stabilen und starken Wachstumsraten. Es herrscht jedoch große Armut und hohe Arbeitslosigkeit.

BASISDATEN	
Staatsform	Republik
Unabhängigkeit	17. Februar 2008 (Proklamation)
Staatsoberhaupt	Vjosa Osmani-Sadriu (seit 4.4.2021)
Regierungschef	Albin Kurti (seit 22.3.2021)
Außenministerin	Donika Gervalla-Schwarz
Fläche	10.887 km ²
Bevölkerung	1,79 Mio.*
Bevölkerungswachstum	-0,8 (2020)*
Armutsrate	23,2 % *
Arbeitslosigkeit	25,8 % (2021)**
BIP	7,72 Mrd. US-Dollar (2020)
BIP pro Kopf	4.346 Euro (2020)*
Jährliches BIP-Wachstum	7,5 % (2021)**
Währung	Euro

Quellen:
 * Weltbank: Country Database, Stand März 2022, <http://data.worldbank.org/country/kosovo>
 ** IMF Country Report, Jänner 2022



Politische Situation

Die wichtigsten Parteien in Kosovo sind die Vetevendosje („Selbstbestimmung“), die Demokratische Partei (PDK, hervorgegangen aus der sogenannten Kosovarischen Befreiungsarmee UCK), die Demokratische Liga des Kosovo (LDK), die auf den verstorbenen Ex-Präsidenten Ibrahim Rugova zurückgeht, die Allianz für die Zukunft Kosovos (AAK, ebenfalls hervorgegangen aus der UCK) sowie die serbische Einheitsliste Srpska Lista. Daneben gibt es noch kleinere Parteien, wie die Neue Kosovo Allianz (AKR), Nisma Sozialdemokraten (NISMA), Guxo, sowie Parteien, die die nicht-serbischen Minderheiten vertreten.

2020 war mit drei amtierenden Regierungen innerhalb eines Jahres von großer politischer Instabilität geprägt. Am 21. Dezember 2020 stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass die zuletzt gewählte Regierung unter Avdullah Hoti (LDK) nicht verfassungskonform zustande kam. In der Folge kam es am 14. Februar 2021 zu Neuwahlen. Vetevendosje gewann diese mit 50,28 Prozent der Stimmen und einem Zugewinn von 29 Mandaten auf 58. PDK erhielt 17,01 Prozent der Stimmen und 19 Mandate, LDK 12,73 Prozent und 15 Mandate, AAK 7,12 Prozent und somit 8 Mandate. NISMA verpasste den Einzug in das Parlament. Srpska Lista erhielt wie zuvor alle 10 der für die serbische Minderheit reservierten Parlamentssitze.

Klarer Wahlsieger war Vetevendosje unter Albin Kurti, der mit Vjosa Osmani-Sadriu in einer gemeinsamen Liste angetreten ist. Im Wahlkampf bauten sie auf das Motto: „Jobs and Justice“. Kurti selbst durfte aufgrund einer bedingten Haftstrafe aus dem Jahr 2018 nicht zur Wahl antreten. Formal wurde die Liste von Vjosa Osmani-Sadriu erst am 14. Februar 2022 in die Partei Guxo umgewandelt.

Am 22. März 2021 fand die konstituierende Sitzung des Parlaments statt. Glauk Konjufca (Vetevendosje) wurde mit 69 von 120 Stimmen zum Parlamentspräsidenten gewählt. Am selben Tag wurde die neue Regierung unter Premierminister Albin Kurti (Vetevendosje) angelobt. Neue Außenministerin ist Donika Gervalla-Schwarz (Liste Vjosa Osmani/Guxo). Die neue Regierung erhielt 67 von 120 Stimmen.

Vjosa Osmani-Sadriu wurde am 4. April 2021 zur Präsidentin gewählt. Sie erhielt 71 Stimmen von 82 anwesenden Abgeordneten. Teile der Opposition (PDK, AAK) boykottierten die Wahl und ein Teil der LDK weigerte sich trotz Anwesenheit eine Stimme abzugeben. Durch Teilnahme von Vetevendosje, der nicht-serbischen Minderheiten, Teilen der LDK und einzelnen Abgeordneten von anderen Oppositionsparteien konnte das notwendige Quorum von 80 Prozent knapp erreicht und Neuwahlen abgewendet werden.

Am 17. Oktober 2021 fanden regionale Gemeinderats- und Bürgermeister-Wahlen und am 14. November 2021 die Bürgermeister-Stichwahlen statt. Die EU-Wahlbeobachtungskommission stellte eine professionelle Abwicklung fest. Vetevendosje erlitt eine klare Niederlage, die Partei konnte nur vier Gemeinden ohne größere Städte gewinnen. Bürgermeister der Hauptstadt Pristina wurde LDK-Kandidat Perparim Rama. In der zweitgrößten Stadt Prizren gewann ein PDK-Kandidat.

Internationale Präsenz

Die internationale Präsenz in Kosovo wurde mit der Ausrufung der Unabhängigkeit 2008 schrittweise umorganisiert. Seither schrumpfte die Verwaltung der Vereinten Nationen von mehreren Tausend auf rund 370 Angehörige.

Das Büro der Europäischen Union (EU) ist mit insgesamt rund 100 Bediensteten vertreten, die die Kosovo-Politik der EU sowie die EU-Programme umsetzen. Die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo verfügt derzeit über etwa 430 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie unterstützen den jungen Staat beim Aufbau einer funktionierenden Verwaltung in den Bereichen Justiz, Polizei und Zoll. Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee des Rates der EU einigte sich darauf, dass die Mission bis zum 14. Juni 2023 verlängert wird. Die operative Unterstützung des von der EU geförderten Dialogs soll bis zum 31. Dezember 2022 an das Büro der Europäischen Union im Kosovo übertragen werden.

Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist mit rund 490 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorwiegend in den Bereichen Demokratisierung und Menschenrechte tätig und auch außerhalb Pristinas sehr präsent. Unter ihr Mandat fällt auch die Unterstützung bei der Durchführung von Wahlen, insbesondere in den serbisch besiedelten Gebieten Kosovos.

Die internationale NATO-Sicherheitspräsenz KFOR besteht derzeit aus rund 350 Soldatinnen und Soldaten.

Die Arbeit des Sondergerichtshofes für Kriegsverbrechen

Der Sondergerichtshof für im Kosovo-Krieg begangene Kriegsverbrechen durch die kosovarische Untergrundarmee UCK hat Anfang 2017 seine Arbeit aufgenommen. Erste Anklagen wurden 2018 erhoben, weitere folgten 2019 und 2020.

Im September 2020 wurde eine erste Verhaftung durch das Special Prosecutor's Office der Kosovo Specialist Chamber angeordnet. Diese betraf Ex-UCK-Kommandant Salih Mustafa. Am 4. bzw. 5. November 2020 kam es zu Verhaftungen von Präsident Hashim Thaci, dem PDK-Vorsitzenden und ehemaligen Geheimdienstchef der UCK Kadri Veseli, dem ehemaligen Parlamentspräsidenten Jakup Krasniqi und dem Vetevendosje-Abgeordneten Rexhep Selimi. Präsident Thaci trat am selben Tag zurück. Am 16. März 2021 wurde Pjetër Shala, Ex-UCK-Kommandant, in Belgien verhaftet. Der erste Prozess gegen Salih Mustafa begann am 15. September 2021. Wann der Prozess gegen die weiteren Beschuldigten beginnen wird, ist noch unklar.

Nachbarschaftliche Beziehungen

Kosovo nimmt an den meisten regionalen Gremien teil. Das Land pflegt allgemein gute Beziehungen zu Albanien, Montenegro und Nordmazedonien. Die formellen Beziehungen von Kosovo zu Bosnien und Herzegowina haben sich nicht verändert. Bosnien und Herzegowina hat die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkannt und die beiden Länder erhalten eine strenge Visaregelung aufrecht.¹

Fortsetzung des Dialogs mit Belgrad

Serbien hat die staatliche Unabhängigkeit der ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens anerkannt. Nicht so jene der ehemaligen Autonomen Provinz Kosovo. Um diese Frage zu lösen, wurde 2011 unter Vermittlung der EU ein politischer Dialog zwischen Pristina und Belgrad gestartet. Dabei tritt die EU als Vermittlerin auf. Das Vertrauen Kosovos und seiner Bürgerinnen und Bürger in die EU generell und in ihre Rolle als Vermittlerin sinkt seit 2018 stetig, da ihre Mitgliedsstaaten insbesondere bezüglich Visaliberalisierung für die Bevölkerung Kosovos keinen einheitlichen Kurs verfolgen.

¹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_5278

Der Dialog zwischen Pristina und Belgrad hat nichtsdestotrotz schon einige wichtige Ergebnisse gebracht, etwa gemeinsame Kontrollen an den derzeit sechs Grenzübergängen zwischen Serbien und Kosovo, den Beginn der Zolleinhebung in Nordkosovo, die Installation von Verbindungsbeamtinnen und -beamten in Pristina und Belgrad, die Durchführung von Wahlen im gesamten Staatsgebiet Kosovos (inkl. dem Norden), oder die eigene Telefonvorwahl für Kosovo (Ländercode +383) seit 2019.

Ende 2018 kam es zu einer Unterbrechung des Dialogs. Hauptgründe dafür waren gegenseitige Vorwürfe, Vereinbarungen nicht zu respektieren bzw. Versuche Serbiens, diverse Staaten zur Rücknahme der Anerkennung von Kosovo zu bewegen. Kosovo reagierte daraufhin mit der Einführung von Strafzöllen von 100 Prozent auf Importe aus Serbien sowie Bosnien und Herzegowina. Mit Juni 2020 wurden diese wieder endgültig aufgehoben. Das ermöglichte die Wiederherstellung des Handels zwischen den beiden Ländern und ebnete den Weg für die Wiederaufnahme des von der EU geförderten Dialogs zwischen Belgrad und Pristina im Juli 2020. Seitdem gab es zwei Dialog-Treffen zwischen Premierminister Kurti und Präsident Vucic in Brüssel. Anfang 2022 führten EU-Sonderbeauftragter Lajcak und US-Sondergesandter Escobar gemeinsame Gespräche in Pristina und Belgrad. Das jüngste Treffen auf Ebene der Chefverhandler, in diesem Fall der beiden stellvertretenden Premierminister, fand am 22. Februar 2022 statt. Es brachte Fortschritte im Bereich Energieversorgung in Nordkosovo und betreffend vermisste Personen, jedoch insgesamt keinen Durchbruch.

Am 20. September 2021 verbot Kosovo die Einreise mit serbischen Autokennzeichen. In der Folge wurden die zwei Grenzübergänge Jarinje und Brnjak im Norden durch Kosovos-erben blockiert. Am 30. September 2021 einigten sich die Verhandler in Brüssel auf das sogenannte Sticker-Regime: Die Einreise mit serbischem Kennzeichen nach Kosovo bzw. mit kosovarischem Kennzeichen nach Serbien ist erlaubt, wenn das staatliche Hoheitszeichen überklebt wird. Eine Arbeitsgruppe soll innerhalb von sechs Monaten eine dauerhafte Lösung erarbeiten. Bisher tagte diese fünfmal, zuletzt Ende Februar 2022.

Kosovo und die Europäische Union

Im Zentrum der kosovarischen Außenpolitik steht die schrittweise Integration in das euroatlantische Gefüge. Einer der größten Erfolge Kosovos auf dem Weg der EU-Annäherung war der Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, das am 1. April 2016 in Kraft trat. Es ist die erste vertragliche Beziehung zwischen Kosovo und der EU, wobei es sich um ein „EU-only“-Abkommen handelt, da fünf EU-Mitgliedsstaaten die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen.

Im Juli 2018 bestätigte die EU-Kommission, dass Kosovo alle ausstehenden Anforderungen und Vorgaben des Fahrplans für die Visaliberalisierung erfüllt hat. Das Europäische Parlament stimmte ebenfalls für die Aufhebung der Visumpflicht für kosovarische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Ein Beschluss des Rats steht hierbei noch aus.

Auf seinem Weg in die EU muss Kosovo bei der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens weiter vorankommen. Der Länderbericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2021 stellt diese Mängel in der Umsetzung, aber auch einige Fortschritte fest: Der Großteil des Berichtszeitraums, der sich auf das Jahr 2021 bezieht, war von politischer Instabilität geprägt. Diese wirkte sich auch auf die Arbeit des Parlaments und insbesondere auf politische Entscheidungsprozesse aus. Einige kleine Fortschritte gab es im Bereich des Justizsystems. Dennoch arbeitet die Justizverwaltung nach wie vor langsam und ineffizient und ist anfällig für politische Einflüsse. Die Qualität der Bildung und die Qualifikationen am Arbeitsmarkt verbesserten sich leicht. Im Kampf gegen Korruption gab es begrenzte Fortschritte. Als die Abteilung für Korruption und Finanzkriminalität ihre Arbeit aufnahm, stärkte dies die Sonderstaatsanwaltschaft und es wurde eine allgemeine Aufstockung des Personalbestands erreicht. Das Gesetzespaket zur Korruptionsbekämpfung und

die überarbeitete Strafprozessordnung müssen noch angepasst werden. Korruption bleibt jedoch weiterhin ein großes Problem (sh. S. 8 f). Kleine Fortschritte gibt es auch im öffentlichen Beschaffungswesen, im Bereich Statistik und Finanzkontrolle sowie bezüglich freien Warenverkehrs, Kapitalverkehrs, Gesellschaftsrechts und geistigen Eigentums. Moderat kommt das Land bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und -nehmer, bei den Dienstleistungen und beim Niederlassungsrecht sowie bei den Finanzdienstleistungen voran.²

Wirtschaft

Kosovo und der Rest Südosteuropas sind dabei, sich von der pandemiebedingten wirtschaftlichen Rezession im Jahr 2020 zu erholen. Man geht davon aus, dass die Produktion in Kosovo 2021 das Niveau von 2019 überstiegen hat.

Das BIP-Wachstum wird für 2021 auf 7,5 Prozent geschätzt, nachdem es 2020 um 5,3 Prozent gesunken war.³ Besuche aus der kosovarischen Diaspora in ihrer Heimat fielen stärker als erwartet aus, Konsum und Kreditvergabe liefen gut. Auch der Warenexport ist seit 2020 im Steigen begriffen. Für das Jahr 2022 wird ein BIP-Wachstum von 4,1 Prozent und für 2023 von 3,8 Prozent vorausgesagt. Die Armutsquote in der Region wird voraussichtlich ihren vor der Epidemie verzeichneten Abwärtstrend wieder aufnehmen und leicht sinken.

Die öffentlichen Einnahmen wachsen aktuell rapide aufgrund der höheren Wirtschaftstätigkeit, der Inflation und der Maßnahmen zur Einhaltung der Steuervorschriften. Dadurch und aufgrund geringerer öffentlicher Investitionen sank das Steuerdefizit im Jahr 2021.

Der Aufschwung bleibt allerdings fragil, die ersten Warnsignale vom Arbeitsmarkt sollten ernst genommen werden. Die Arbeitsplatzverluste infolge der Rezession und ihrer Nachwirkungen haben Frauen und Jugendliche unverhältnismäßig stark getroffen. Dies könnte die Bemühungen um eine Erhöhung ihrer seit Jahren niedrigen Erwerbsbeteiligung in der Region zurückwerfen. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg im Jahr 2021 auf 37,7 Prozent und damit auf 5,4 Prozent mehr als im Juni 2020.⁴ Problematisch könnte auch die steigende Inflation werden. Diese geht in Kosovo in erster Linie von höheren Importpreisen aus.

Wachstumsbranchen sind nach wie vor der Bau-, Dienstleistungs-, Banken- und Versicherungssektor sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie. Hauptmotoren der Wirtschaft sind Transferleistungen der Diaspora (600–800 Millionen Euro bzw. 15–20 Prozent des BIPs), Kapitalinvestitionen, Auslandsinvestitionen, Investitionen der Regierung sowie die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Korruption und mangelhafte Verwaltungsstrukturen hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt.

² https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_21_5278

³ IMF Country Report, Jänner 2022

⁴ <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/10/21/as-economy-recovers-kosovo-should-focus-on-higher-productivity-and-job-creation>

Demokratie und Menschenrechte

Der Länderbericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2021 räumt Kosovo ein, dass der Rechtsrahmen den Schutz der Grund- und Menschenrechte im Großen und Ganzen garantiere. Dieser steht im Einklang mit den europäischen Standards. Es sind jedoch noch zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um ihn vollständig umzusetzen. Die Regierung muss die Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten sowohl auf zentraler als auch auf lokaler Ebene besser koordinieren und Grundrechtsfragen müssen einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda erhalten. Das neue Amt des stellvertretenden Premierministers für Menschenrechte und Gemeinschaften bietet hierfür die Möglichkeit. Es mangelt jedoch nach wie vor an personellen und finanziellen Ressourcen und die zuständigen Behörden sind von der Unterstützung internationaler Geber abhängig.⁵

Zu den größten Problemen des Landes zählen überbordende Bürokratie, Korruption und vor allem mangelnde Rechtssicherheit. Laut dem jüngsten Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International hat Kosovo im vergangenen Jahr aber Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung gemacht. Demnach erhält Kosovo 39 von 100 möglichen Punkten – drei mehr als im Jahr 2020 – und rangiert auf Platz 87 von 180 Ländern. Die Zukunft des jungen Staates hängt maßgeblich von weiteren inneren Reformen im Sinne guter Regierungsführung ab.

Entwicklungspolitik

Erklärte Ziele Kosovos sind die Visaliberalisierung, die EU-Integration und die UN-, Interpol- und NATO-Mitgliedschaft. Sämtliche Politikbereiche Kosovos sind von diesen Zielen bestimmt. Herausforderungen dabei sind schwache Institutionen, politische Einflussnahme, Uneinigkeit der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten sowie Einzelinteressen mancher Geber. Seit Oktober 2021 wird eine neue Nationale Entwicklungsstrategie 2030 erarbeitet. Diese soll sich auf vier Hauptsäulen konzentrieren:

- Nachhaltiges und schnelles Wirtschaftswachstum
- Gerechte Gesellschaft und menschliche Entwicklung
- Starke Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit
- Gute Regierungsführung

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Österreich und Kosovo

Österreich ist ein langjähriger, enger Partner Kosovos. Diese Verbundenheit geht auf die Geschichte zurück und auf das Bemühen Österreichs um eine europäische Perspektive für die Region, die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit Kosovos im Jahr 2008 und die Unterstützung seit den schwierigen 1990er-Jahren.

Kosovo ist seit 1999 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit der Unabhängigkeit Kosovos und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen am 20. März 2008 gibt es in Pristina eine Österreichische Botschaft und ein Auslandsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Vor 2008 war dieses eine Außenstelle des Auslandsbüros in Belgrad.

Anfänglich konzentrierte sich die Kooperation vor allem auf Notmaßnahmen in den Bereichen Basisinfrastruktur (Wasser, Straßen, etc.) und humanitäre Hilfe, später vermehrt auf Bereiche wie Bildung, Demokratisierung und Menschenrechte sowie wirtschaftliche Entwicklung, vor allem im ländlichen Raum.

⁵ https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/kosovo-report-2021_en

Aktuell unterstützt Österreich insbesondere:

- den Bildungssektor,
- den nachhaltigen Aufbau der kosovarischen Institutionen im Sinne guter Regierungsführung (Kapazitätsentwicklung),
- die Wirtschaft (etwa die Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben und des Arbeitsmarktes) und
- eine starke Zivilgesellschaft.

Die gegenwärtige Phase der Transformation ist bedeutend für die Entwicklung demokratischer Werte sowie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und Gender-Mainstreaming, die Entwicklung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte, der für den Arbeitsmarkt relevanten Berufsausbildung, des Bologna-Prozesses im Bereich Universitätsausbildung, der Rechtsstaatlichkeit und einer funktionierenden Marktwirtschaft.

Österreichs Entwicklungshilfeleistungen an Kosovo

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs⁶ (ODA) an Kosovo beliefen sich von 2008 bis 2020 auf 127,22 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)⁷ 34,28 Millionen Euro aus.⁸

ODA Österreichs an Kosovo, Auszahlungen in Millionen Euro

	2016	2017	2018	2019	2020
bilaterale ODA gesamt an Kosovo in Mio. Euro	7,84	6,49	7,08	10,97	9,22
in % der ges. bilateralen ODA	0,88	1,22	1,72	2,75	2,05
OEZA an Kosovo in Mio. Euro	2,59	2,57	2,70	3,31	3,33
OEZA an Kosovo in % der ges. OEZA-Leistungen	2,19	1,92	2,35	2,66	2,58

Quelle: ADA-Statistik

⁶ Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

⁷ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

⁸ Werte bis 2017: Netto-Auszahlungen, ab 2018: Zuschussäquivalent (ausgenommen Privatsektoringstrumente)

Projektbeispiele

Bildung

Die Hälfte der kosovarischen Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher den Aufbau und die Modernisierung des Bildungssystems. Das österreichische Engagement konzentriert sich auf den Hochschulbereich und berufliche Bildung.

Gerüstet für den Job

Das Projekt „Aligning education with labour market needs“ macht Bildungsprogramme von berufsbildenden Schulen und Hochschulen relevanter für den Arbeitsmarkt und passt sie an den nationalen sowie den europäischen Qualifikationsrahmen an.

Eine eingehende Analyse des kosovarischen Arbeitsmarktes machte die Sektoren IT, Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Maschinenteknik ausfindig. In diesen Bereichen ist das Potenzial an Arbeitsplätzen landesweit am höchsten. Das Projekt konzentrierte sich demnach darauf, die Ausbildungen für diese Bereiche gezielter auszurichten und zu verbessern. Neben systemischen Reformen erhalten ausgewählte Schulen etwa Werkstätten, damit die Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen sammeln können.

Mehrere Firmen halfen, die Lehrpläne künftig mehr nach den Bedürfnissen der Betriebe auszurichten. Außerdem bieten sie Praktika an. Konkret profitieren 2.500 Berufsschülerinnen und -schüler und 3.000 Studierende vom Projekt. Der kosovarische Bildungssektor, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und beteiligte Ministerien ziehen ebenfalls indirekt einen Nutzen daraus.

Platz für Minderheiten

Das Projekt „Empowerment of Kosovo's non-majority communities through education, dialogue and involvement in decision-making processes“ verbessert die Einbindung von Roma, Ashkali sowie Ägypterinnen und Ägyptern in fünf kosovarischen Gemeinden, in denen größere Minderheitengemeinschaften leben: Fushe Kosove/Kosovo Polje, Janjevo/o, Plemetin/a, Shtime und Gracanica. Ziel ist es, die Integration von Minderheiten und benachteiligten Menschen in Kosovo durch qualitativ hochwertige Bildung und sozialen Zusammenhalt zu verbessern.

So sollen fünf Lernzentren in die lokalen Schulen der Gemeinden integriert werden. Aktivitäten, die in den Lernzentren durchgeführt werden, sind unter anderem: Unterstützung durch Vorschul- und Nachmittagsaktivitäten, Hausaufgabenhilfe für Kinder in Grundschulen sowie Lese- und Rechenkurse für Frauen. Darüber hinaus arbeitet das Projekt daran, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeitende der Lernzentren und Freiwillige dahingehend zu stärken, inklusive und hochwertige Bildung anzubieten. 1.535 Menschen werden direkt vom Projekt profitieren.

Innovation für Jugendbeschäftigung

Das Projekt soll heranwachsende Mädchen und Jungen sowie junge Männer und Frauen dabei unterstützen, ihr volles Potenzial zu entfalten. Es soll sie dazu befähigen, Akteurinnen und Akteure des sozialen Wandels, zu Innovatorinnen und Innovatoren sowie Unternehmerinnen und Unternehmern zu werden. Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit sowie die wirtschaftlichen Möglichkeiten junger Menschen in Kosovo zu verbessern. Dafür sollen sie Fähigkeiten für das Leben und Fertigkeiten für gute Berufschancen erhalten.

Vertragspartner:
EU

Lokaler Partner:
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie, Ministerium für Arbeit und Soziale Wohlfahrt, Universität Pristina, Berufsschulen

Laufzeit:
02/2015–09/2022

OEZA-Beitrag:
1.400.000 Euro

EU-Beitrag:
6,6 Mio. Euro

Vertragspartner:
PL4Y

International, ARGE: PL4Y International, The Ideas Partnership

Laufzeit:
10/2013–01/2023

OEZA-Beitrag:
1,09 Mio. Euro

Vertragspartner:
United Nations Children's Fund - New York

Laufzeit:
12/2012–08/2022

OEZA-Beitrag:
1,7 Mio. Euro

In einem ersten Schritt bekommen Schulen der oberen Sekundarstufe kompetenzbasierte Lehrpläne mit neuen Modulen zu den Themen Unternehmertum, soziale Interessensvertretung und kritische Medienkompetenz. Das kommt 2.400 Heranwachsenden, davon 60 Prozent Mädchen, zugute.

Die gleichen Themen werden auch in vier „Social Innovation Hubs“ vermittelt. Diese lokalen Innovationszentren stehen 2.200 Mädchen und Jungen zur Verfügung, die keinen Zugang zum formalen kompetenzbasierten Schulsystem haben.

600 Mädchen und Jungen sowie junge Erwachsene (60 Prozent Mädchen und junge Frauen) bekommen Schulungen in relevanten Informations- und Kommunikationstechniken. Sie machen außerdem Berufserfahrung durch Praktika. Informations- und Kommunikationstechnik-Expertinnen und -Experten betreuen sie dabei laufend. Das gibt den jungen Menschen langfristig bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Perspektiven für ihre Zukunft.

Hochschulen für Entwicklung

Das Hauptziel des Projekts ist es, das Hochschul- und Forschungssystem in Kosovo dabei zu unterstützen, internationaler, kohärenter, effektiver und effizienter zu werden. Absolventinnen und Absolventen sollen nach ihrem Studium bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Außerdem soll das Wissen, das von Universitäten ausgeht, auch außerhalb des akademischen Umfelds zum Nutzen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Das Projekt konzentriert sich vor allem auf drei Ebenen:

1. Politische Ebene - Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit und der Politik in den Bereichen Hochschulbildung sowie Forschung und Innovation: Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation soll Strategien für Hochschulbildung und Forschung nach europäischen Standards entwickeln und umsetzen können. Die Akkreditierungsagentur in Kosovo, die wichtigste Qualitätssicherungsstelle für Hochschulen, soll die wichtigsten Empfehlungen des Europäischen Netzwerks der Qualitätssicherungsagenturen umsetzen.
2. Hochschulebene - Stärkung der höheren Bildungseinrichtungen: Die Strategiepläne der öffentlichen Universitäten werden überprüft und (weiter-)entwickelt. Entscheidungsprozesse sollen in Folge immer auf diesen Strategien basieren und besser zu einem wettbewerbsfähigen Hochschulsektor und zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in Kosovo beitragen.
3. Forschungsebene - Stärkung der Forschungskapazitäten: Fakultäten, Institute sowie Einzelforscherinnen und Einzelforscher sollen sich verstärkt an internationalen Forschungsk Kooperationen beteiligen. Lehre und Forschung sollen sich durch Stipendien und Forschungsprojekte verbessern.

Direkt vom Projekt profitieren 200 Personen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation, vor allem im Fachbereich für Hochschulbildung, Technologie und Innovation. Weiters auch das Ministerkabinett, Mitarbeitende des Strategieplanungsbüros der Regierung und Akteurinnen und Akteure der Akkreditierungsagentur in Kosovo.

Vertragspartner:

World University Service

Lokaler Partner:

Ministerien für Unterricht, Wissenschaft und Technologie und die staatliche Universität Kosovo

Laufzeit:

11/2016–05/2023

OEZA-Beitrag:

4,3 Mio. Euro

Hochschulen mit internationalem Niveau

Auch dieses Projekt hat zum Ziel, das Hochschulsystem Kosovos internationalen Standards anzupassen. Zentral dabei sind Qualität, Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht. Dadurch soll der kosovarische Hochschulsektor wettbewerbsfähig werden. Das soll langfristig zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen.

Das Projekt stärkt die Akkreditierungsagentur in Kosovo. Diese beaufsichtigt die Anbieter von Hochschulstudien im Land und berät das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur erhalten etwa Schulungen. Die Expertise der Agentur verbessert sich unter anderem durch das Wissen internationaler und lokaler Fachexpertinnen und -experten. Das Projekt soll auch dazu beitragen, die Rechtsvorschriften im akademischen Bereich, etwa das kosovarische Hochschulgesetz, zu verbessern. Hierfür werden neue akademische Vorschriften, Verfahren und Praktiken entwickelt und umgesetzt.

Junge Fakultätsmitglieder, insbesondere junge Universitätsassistentinnen und -assistenten sowie Postdoktorandinnen und -doktoranden, erhalten mehr Know-how, etwa zum richtigen akademischen Arbeiten.

Neben der Akkreditierungsagentur in Kosovo, dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Technologie und den jungen Forscherinnen und Forschern werden sieben öffentliche Universitäten mit 62 Prozent der Studierenden in Kosovo von dem Projekt profitieren. Auch Studentinnen- und Studentenorganisationen sind Zielgruppe des Projektes. Sie erhalten Unterstützung dabei, sich aktiv dafür einzusetzen, dass Standards für Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht im Hochschulsektor umgesetzt werden. Dazu sollen sie Vorschläge ausarbeiten, von denen 30 bis 40 finanzielle Unterstützung zur Umsetzung bekommen. Insgesamt soll das Projekt über 1.160 Menschen erreichen.

Ländliche Entwicklung

Nachhaltige und integrative ländliche Wirtschaftsentwicklung

Der Landwirtschaftssektor in Kosovo ist gekennzeichnet von eingeschränkten Produktionskapazitäten, einem niedrigen Organisationsniveau und vom Mangel an Zugang zu Fachwissen. Auch der Klimawandel und daraus resultierende Umweltrisiken haben einen negativen Einfluss.

Durch den sogenannten „Market Systems Development“-Ansatz leistet das Projekt einen Beitrag zu nachhaltigeren und integrativeren Marktsystemen. Es zielt darauf ab, dass Produzentinnen und Produzenten an bestehenden Marktsystemen besser teilnehmen können. Ihr Einkommen und ihre Produktivität sollen sich langfristig erhöhen. Auch weiterverarbeitende Betriebe und Händler sollen durch steigende grenzüberschreitende Handels- und Exportmöglichkeiten ihre Einnahmen verbessern.

Produzentinnen und Produzenten lernen, welche klimaresistenten landwirtschaftlichen Praktiken es gibt. So soll der Einsatz ökologisch nachhaltiger Betriebsmittel und Dienstleistungen etabliert werden, die sich stimulierend auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken und Exportmöglichkeiten begünstigen. So leistet das Projekt einen signifikanten Beitrag zur Armutsminderung für die ländliche Bevölkerung.

Das Projekt baut auf drei Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in der ländlichen Entwicklung auf, die im Jänner 2020 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Zielgruppe dieser Projekte waren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Dadurch greift die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Kosovo heute auf großes institutionelles

Vertragspartner:
Kosova Education Center

Lokaler Partner:
Kosova Education Center, Organization for improvement of the quality of education, Zentrum für Soziale Innovation GmbH

Laufzeit:
04/2019–03/2022

OEZA-Beitrag:
1 Mio. Euro

Vertragspartner:
Caritas Switzerland

Laufzeit:
03/2020–02/2023

OEZA-Beitrag:
2,5 Mio. Euro

Wissen in den Bereichen Kapazitäts- und Organisationsentwicklung, ökologische Landwirtschaft und Zertifizierung sowie Entwicklung von Marktsystemen zurück.

Besserer Marktzugang für Unternehmen

Das Projekt hat zum Ziel, Armut und die Ausgrenzung armer Menschen in Kosovo zu verringern. Das soll insbesondere durch höhere Einkommen und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschehen.

Dafür soll sich die Wettbewerbsfähigkeit und der Marktzugang kosovarischer Unternehmen verbessern. Hierfür erhalten diese mehr Unterstützung von diversen Einrichtungen der Unternehmensförderung, etwa von Informationsplattformen, und seitens der Regierungsbehörden. So sollen sie etwa mehr Informationen über den Markt und seine Anforderungen bekommen. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer erhalten unter anderem Wissen darüber, wie man einen Businessplan erstellt und ein Unternehmen gründet. Dieser Prozess soll generell leichter werden, zum Beispiel durch die digitale Unternehmensregistrierung. Auch der Zugang zu Finanzmitteln wie Krediten soll leichter werden. Neue Regulierungen sollen den Unternehmen ermöglichen, zu wachsen und mehr Personal einzustellen. Auch sollen die wichtigsten Interessengruppen der Unternehmensbranche künftig besser kooperieren. Hierfür ist der Aufbau eines strukturierten Dialogs für alle relevanten Akteure wie Regierungsbehörden, Ministerien und Unternehmensverbände zentral.

Vom Projekt profitieren bis zu 2.000 private Unternehmen sowie mindestens 8.000 Beschäftigte und ihre Familien. Insbesondere Frauen erhalten Unterstützung, Unternehmen zu gründen bzw. sich an Unternehmen zu beteiligen.

Starkes Frauennetzwerk

Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte kosovarische Frauennetzwerk hilft Frauen, insbesondere in ländlichen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, einen Job zu finden. Damit verbessern sich ihre Lebensbedingungen und Stellung in der Gesellschaft. Das traditionelle gesellschaftliche Rollenbild soll durch Informationsarbeit aufgebrochen werden.

Das Netzwerk unterstützte etwa junge Frauen aus der Region Dragash dabei, ihre Anliegen beim Bürgermeister vorzubringen. Das zeigte Erfolg: Die Gemeinde wird berufsbildende Kurse und Sekundarbildung für Frauen finanzieren.

Von den Lobbyaktivitäten und Initiativen, auch verschiedener Mitgliedsorganisationen des Frauennetzwerks, profitieren rund 4.000 Frauen, Mädchen und Kinder sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Das langfristige Ziel ist, dass Frauen und Männer gleiche Chancen auf Bildung, Beschäftigung, politische Teilhabe, Gesundheitsversorgung und ein Leben frei von Gewalt haben.

Regionalprojekt

Qualitätsjournalismus für mehr Transparenz

Das Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) ist eine der bekanntesten und bestvernetzten zivilgesellschaftlichen Organisationen Südosteuropas für investigativen Journalismus. Von Kosovo ausgehend setzt BIRN mit Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine Initiative für mehr Transparenz in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Moldau, Montenegro und Serbien um.

Dabei geht es darum, das Fehlverhalten von Regierungen, öffentlichen und privaten Unternehmen sowie von Einzelpersonen aufzudecken und diese Informationen der Öffentlichkeit

Vertragspartner:
ECIKS Management Consulting LLC
Lokaler Partner:
Ministerium für Handel und Industrie
Laufzeit:
11/2018–06/2022
OEZA-Beitrag:
1.250.000 Euro

Vertragspartner:
Kosovo Womens Network
Lokaler Partner:
Kosovo Womens Network
Laufzeit:
12/2012–02/2025
OEZA-Beitrag:
1.952.800 Euro

Vertragspartner:
Balkan Investigative Reporting Network
Laufzeit:
10/2013–01/2023
OEZA-Beitrag:
1.659.600 Euro

zugänglich zu machen. Dafür erstellt BIRN frei zugängliche Datenbanken mit Dokumenten öffentlichen Interesses. Außerdem bildet es Medienvertreterinnen und -vertreter in investigativem Journalismus aus. Davon profitieren rund 85 erfahrene Journalistinnen und Journalisten sowie 30 Studierende des Lehrgangs Journalismus der Universität Pristina.

Wirtschaftspartnerschaften

E-Learning in der akademischen Aus- und Weiterbildung

Das Ziel des Projekts ist es, Online- und Blended-Learning-Programme im Bereich Wirtschaft in Kosovo anzubieten. Dafür entwickeln die Austrian School of Applied Studies und die University of Applied Sciences in Ferizaj in einer Kooperation akademische Online-Kurse. Diese sollen als international anerkannte, zertifizierte Programme in betriebswirtschaftlichen Kompetenzbereichen angeboten werden. Die Wirtschaftspartnerschaft trägt so zur nachhaltigen Entwicklung des Privatsektors in Kosovo bei. Sie schafft die Voraussetzungen für akademisches E-Learning und die Weiterentwicklung derjenigen beruflichen Qualifikationen, die am meisten von den involvierten Stakeholdern am Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Nach Abschluss des Projekts wird die kosovarische Universität in der Lage sein, Fernkurse zu leiten und neue Programme selbstständig zu entwickeln. Somit wird der Ansatz des Fernlernens ein Instrument für die Uni sein, um weitere Programme zu entwickeln und neue Partnerschaften mit anderen Universitäten in ganz Europa aufzubauen.

Möbel made in Kosovo

Kosovarische Möbelfirmen sollen fit für den EU-Markt werden. Hierfür bekommen sie Unterstützung dabei, ihre Produkte zu entwickeln und zu produzieren.

Die beiden beteiligten kosovarischen Firmen verfügen bereits über modernste Fertigungs- und Lackieranlagen, können diese hochkomplexen, computergesteuerten Maschinen mangels Know-how jedoch nicht bedienen. Darum wird nun die gesamte Produktionskette neu gestaltet – unter Einhaltung höchster Qualitätsstandards. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten firmeninterne Ausbildungen und Trainings, neue Arbeiterinnen und Arbeiter werden für die Produktion und Qualitätskontrolle angestellt.

Auch die Entwicklung von neuen Produkten soll nicht zu kurz kommen. Qualitätsstandards (u. a. ISO 9001 und ISO 14001) sorgen dabei für bessere Enderzeugnisse. Insgesamt soll sich die Wertschöpfung im Produktionsbereich und im kreativen Bereich erhöhen. Eine komplett neue Verpackungs- und Transportlogistik für die gefertigten Möbel macht die Montage bei den Endabnehmerinnen und Endabnehmern effizienter und effektiver.

Von dem Projekt profitieren insgesamt 14 Unternehmen aus der Holz-Wertschöpfungskette sowie 400 Personen, die in diesem Bereich tätig sind. Es ist geplant, mindestens 100 Arbeitsplätze (davon 40 für Frauen) in der Projektlaufzeit und mittelfristig (in drei bis fünf Jahren) 350 Arbeitsplätze zu schaffen.

Entwicklung und Optimierung des Weinbaus in Kosovo

Derzeit wird der Weinbau in Kosovo in kleinen, voneinander unabhängigen Weingärten und nach veralteten Anbaumethoden betrieben. Die Bäuerinnen und Bauern versuchen ihre Weintrauben an Betriebe um Rahovec und Suhareka zu liefern oder Tafeltrauben direkt auf dem Markt zu verkaufen. Wissen im Weinanbau fehlt oder ist veraltet, die Bäuerinnen und Bauern sind schlecht organisiert und arbeiten kaum zusammen. Dadurch stehen sie in direkter Konkurrenz zueinander und erhalten keinen gerechten Preis für ihre Ernte.

Vertragspartner:
Austrian School of Applied Studies ASAS
Aus- und Weiterbildungs GmbH
Laufzeit:
12/2019–11/2021
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Vertragspartner:
FONESS GmbH
Laufzeit:
04/2019–03/2022
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Vertragspartner:
Arbeitsgemeinschaft – Morandell Alexander
Laufzeit:
03/2020–02/2022
OEZA-Beitrag:
200.000 Euro

Ziel des Projekts ist es, den Weinbau in Kosovo weiterzuentwickeln und die Produktion von Qualitätsprodukten für den kosovarischen und internationalen Markt zu ermöglichen. Fortgeschrittene Technologien und hochspezialisierte Produktions- und Arbeitsweisen sollen helfen, die Produktion von Reben auf ein qualitativvolles Niveau zu heben. Die Bäuerinnen und Bauern lernen umweltfreundliche Anbaumethoden und erhalten Wissen rund um Weinbau, Keller, Verarbeitung und Konsum.

Mindestens 100 lokale Unternehmen profitieren von dem Projekt. Darüber hinaus werden auch öffentliche Institutionen wie das Landwirtschaftsministerium oder das Institut für Weinbau in Rahovec durch Wissensaustausch und Know-how profitieren. Mindestens 30 Arbeitsplätze entstehen, davon 20 für Frauen.

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft Pristina

Ahmet Krasniqi 22, Arberia/Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 24 92 84

Fax: +383 38 24 92 85

E-Mail: pristina-ob@bmeia.gv.at

www.aussenministerium.at/pristina

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft Pristina

Str. Gjergj Balsha 8, Arberia 1/Dragodan I,
10000 Pristina

Tel.: +383 38 248 151

Fax: +383 38 248 151

E-Mail: pristina@ada.gv.at

Botschaft der Republik Kosovo

Goldegggasse 2/14

1040 Wien

Tel.: +43 1 5031177

Fax: +43 1 503177-20

embassy.austria@rks-gov.net

Konsularabteilung

Goldegggasse 2/13

1040 Wien

Tel.: +43 1 5047400

Fax: +43 1 5047400-20

consulate.vienna@rks-gov.net

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/kosovo/>

Österreichische Botschaft Pristina

<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/pristina.html>

Reiseinformation Kosovo (Republik Kosovo)

<https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reiseinformation/land/kosovo/>

Regierungsportal Kosovo

<https://www.rks-gov.net/EN/f43/republic-of-kosovo/government>

EU in Kosovo

<http://eeas.europa.eu/delegations/kosovo>

OSZE-Mission in Kosovo

<http://www.osce.org/kosovo>

United Nations Mission in Kosovo

<https://unmik.unmissions.org/>

UNDP Kosovo

<http://www.ks.undp.org>

KFOR

<https://shape.nato.int/ongoingoperations/nato-mission-in-kosovo-kfor->

<http://www.bundesheer.at/ausle/kfor/index.shtml>

Nachrichtenportale

<http://kallxo.com> / <http://www.koha.net> / <http://zeri.info> / <http://prishtinainsight.com/>